

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Druckerei und die Anzeigenverwaltung entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Quartal 3.00 Mk. — Postamt Leipzig Nr. 1000

Bestellungen nehmen die Druckerei und die Anzeigenverwaltung entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Quartal 3.00 Mk. — Postamt Leipzig Nr. 1000

Telegramme: Erzgebirge Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 213

Sonnabend, den 12. September 1931

26. Jahrgang

Reden in Genf

Mißtrauen als Ursache der Weltnot

Rede Lord Cecils

Genf, 10. September. Im Mittelpunkt der heutigen Sitzung der Völkerbundversammlung stand eine Rede des englischen Delegierten Lord Robert Cecil. Es handelt sich im Augenblick, erklärte er, um die Grundprinzipien des Völkerbundes überhaupt. Es ist nötig, daß die Weltöffentlichkeit die Gewißheit eines dauernden Friedens hat. Es ergeben sich Besorgnisse aus der Weltwirtschaftskrise, die seit zwei Jahren und der akuten Finanzkrise, die mit der Gefahr einer Katastrophe seit drei Monaten herrscht. Es kommt alles darauf an, das internationale Kapital dazu zu veranlassen, die Lücken der Zahlungsbilanz auszufüllen; andernfalls werden in Europa und in Uebersee immer neue Schwierigkeiten mit der Notwendigkeit von Zahlungseinstellungen und Moratorien aufzutreten. Lord Cecil verwies auf Deutschland, das im Mittelpunkt der gegenwärtigen Krise stehe. Er zitierte mit Nachdruck die Stelle aus dem Baseler Sachverständigenbericht, die die Wiederherstellung des freien Umlaufes von Geld und Waren und ein tatkräftiges Handeln der Regierungen vor dem Abbruch der Stillhaltefrist fordert, und betont, daß die internationale politische Lage auf die Grundlage des Vertrauens gestellt werden und die Zahlungen Deutschlands so geregelt werden müßten, daß sie keine finanzielle Stabilität nicht gefährden. Was die Regierungen zur Wiederherstellung des Vertrauens tun könnten, sei nicht ausschlaggebend, solange die Weltöffentlichkeit wegen der politischen Lage andauernd. Wohl könne man sagen, daß kaum jemals der Krieg unwahrscheinlicher gewesen sei als jetzt, doch bestehe in vielen Ländern eine Atmosphäre der inneren Unruhe, deren Rückwirkungen sich über die ganze Welt ausbreiten. Bestige Reden und aggressive Kundgebungen seien in vielen Ländern an der Tagesordnung. Leider finde die Währungsfrage nicht den gleichen Widerhall in der Öffentlichkeit. Zum Teil auf diese Umstände sei es zurückzuführen, daß eine Atmosphäre des internationalen Mißtrauens entstanden sei. Es sollte die besondere Aufgabe des Völkerbundes sein, dieses Mißtrauen zu zerstreuen. Lord Cecil erklärte in diesem Zusammenhang, er wisse nicht, ob die Revision der durch die Friedensverträge geschaffenen Lage den Frieden fördern würden. Dagegen würde die Weiterbetreibung der Abrüstung mehr als irgend etwas anderes das Vertrauen fördern und die Gerechtigkeit als Schlichter der internationalen Streitigkeiten einleiten. Das sei eine dringende Angelegenheit. Er wolle auf ein Symptom hinweisen: in letzter Zeit hätten in verschiedenen Ländern — er möge kein Land nennen — auch seinem Lande besondere Schuld geben — Luftmanöver zur Ausbildung und Vervollkommnung dieser Waffe, die eine ausgesprochenen Angriffswaffe sei, stattgefunden. Dabei habe sich wieder einmal ergeben, daß der Besitz von Luftstreitkräften kein Schutz gegen die Luftstreitkräfte des Gegners sei. Die Wirkung der Luftwaffe besteihe in der Zerstörung großer Städte, das heißt, in der Vernichtung einer unüberschaubaren Zahl von Menschenleben und der wichtigsten Zentren des materiellen Reichtums. Welch eine Sicherheit sei das für den internationalen Kapitalmarkt. Das gleiche gelte für die Land- und Seerüstung. Deshalb begrüße er die freundlichen Worte, die bisher in der Völkerbundversammlung der bevorstehenden Abrüstungskonferenz gewendet worden seien. Keine Regierung, am wenigsten die englische, würden irgendeinen Vorschlag zur Verhinderung der Konferenz dulden. Nehmer nahm dann Bezug auf die Rede Grandis, die eine maßgebende Verantwortung des Friedens durch die Abrüstung darstelle. Die Rede enthalte eine interessante Anregung über die Einstellung der Rüstungsvermehrungen während der Dauer der Abrüstungskonferenz. Der Vorschlag Grandis sei ein großartiger Anstoß zur Abrüstungskonferenz und werde hoffentlich im Ausschuss konkrete Gestalt annehmen. Der englische Vertreter werde ihm seine begeisterte Unterstützung leisten. In der ernstlichen Hoffnung eines praktischen Ergebnisses. Die Abrüstungskonferenz muß Erfolg haben, wenn nicht zu einer wesentlichen Herabsetzung der Rüstungen führen. Wenn wir nur darauf bedacht sind, daß unser Land möglichst letzten Kaufes davonkommt, dann kann nichts erreicht werden. Die Krise drängt zu entschlossenem Handeln. Ich sehe vor mir die Vertreter zweier hochangesehenen Nationen, die auf ihrem Gebiet in der Kultur führend sind. Wenn eine wirkliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur in Worten, sondern durch die Tat erfolgen könnte, so wären 75 Prozent der politischen Unruhe aus der Welt beseitigt. Es ist behauptet worden, daß England diese deutsch-französische Annäherung nicht wünsche, weil es durch die Entweitung der beiden Mächte einen umso größeren Einfluß im Rate der Nationen habe. Das ist eine grobe, standhafte Beleidigung Englands. Die gegenwärtige und jede künftige Regierung werden ihre Kräfte tun, um eine wirkliche Freundschaft zwischen beiden Ländern herbeizuführen. Der Geist von Locarno ist noch vorhanden.

Rede des spanischen Außenministers

Genf, 10. September. Vor Lord Cecil hatte der spanische Außenminister Carrasco zum ersten Male in der Völkerbundversammlung die Auffassung der spanischen Republik zu den internationalen Fragen dargestellt. Er sprach die Ueberzeugung aus, daß eines Tages alle Nationen einschließlich der Vereinigten Staaten und Rußlands sich dem Völkerbunde anschließen werden. Diese Länder wünschten den Frieden ebenso wie die anderen, und der Völkerbund wolle die fruchtbarste Grundlage für die Organi-

serung des Friedens von Eingebend ihrer Dankeschuld gegenüber den in regelmäßigen Verbänden organisierten Arbeitern, die so maßvoll zur Errichtung der Republik beigetragen haben, werde sich die spanische Regierung aktiv an dem Werk des internationalen Arbeitens beteiligen. Mit gleicher Sympathie sehe Spanien dem Haager Gerichtshof und, obwohl nicht an ihrer Gründung beteiligt, der Bank für internationalen Zahlungsausgleich gegenüber. Spanien habe die feste Absicht, die Währungsfrage zu stabilisieren und zur Goldwährung überzugehen, sobald die Verhandlungen erledigt seien. Dann werde Spanien seine Beteiligung an der Baseler Bank nachsuchen. Als Berichterstatter für die Abrüstungsfrage betonte Redner, daß weder die Organisation des Friedens noch die Abrüstung selbst, wenigstens in den gegenwärtig möglichen Grenzen, zur Garantie des Friedens genügen. Es müsse eine Befriedung der Welt eintreten, wozu nicht zuletzt die Presse beitragen könne. Carrasco legte der Versammlung eine Entschlüsselung vor, wonach der Völkerbundrat im Benehmen mit der Presse die Möglichkeiten prüfen soll, die Verbreitung solcher Nachrichten zu verhindern, die dazu angetan sind, die Aufrechterhaltung des Friedens und des guten Willens unter den Völkern zu fördern. In einem weiteren Entschlüsselungsentwurf wird auf den Einfluß, den die Frauen im öffentlichen Leben ausüben können, hingewiesen und der Völkerbund aufgefordert, zu prüfen, in welcher Weise die Aktion und das Mitempfinden der Frauen zur unmittelbaren und wirksamen Mitarbeit an den Aufgaben des Völkerbundes herangezogen werden könne.

Zum Schluß der Sitzung sprach der Bundesrat Motta-Schweiz. Zur Reparationsfrage erklärte er, daß die durch die Initiative Hoover in Genf gekommenen Diskussionen und Verhandlungen fortgesetzt werden müßten bis zu einer endgültigen Lösung des Problems. In der Abrüstungsfrage äußerte er sich in demselben Sinne wie Grandis. Die Abrüstungskonferenz dürfe nicht verfallen werden. Ihre Einberufung sei durch den Völkerbundspakt vorgeschrieben. Erst eine wirkliche Abrüstung werde das Gefühl der Sicherheit und des Vertrauens, das notwendig sei für den Wiederaufbau der Welt, schaffen.

Der Eindruck der Cecil-Rede

Genf, 10. September. Die Rede Lord Robert Cecils machte in deutschen Kreisen tiefen Eindruck, den der deutsche Außenminister in spanischer Weise bekundete, indem er Lord Cecil beim Verlassen der Tribüne beglückwünschte. Der englische Delegierte hat in würdiger Weise, aber ohne unangenehme Rücksichten, die großen Probleme, die das internationale Leben im Augenblick bewegen, erörtert. Mit unverändertem Nachdruck hat er den seit Jahren in der Völkerbundversammlung vertretene Standpunkt der englischen Regierung in der Abrüstungsfrage wiederholt. Er legte besonderes Gewicht auf die Ablehnung der Luftflotte, worin er sich gleichfalls mit der deutschen Auffassung bezeugte. Auch Cecil wies nicht minder überzeugend wie es Grandis am vergangenen Dienstag getan hatte, den Zusammenhang zwischen Kriegsschuldenerregung und Abrüstung nach. Spontane Beifall erweckte seine Zustimmung zu der Anregung Grandis und gegen Schluß der Rede sein Bekenntnis zur Notwendigkeit der deutsch-französischen Annäherung.

Deutscher Antrag zur Minderheitenfrage

Genf, 10. Sept. Der Präsident Titulescu teilte am Schluß der heutigen Völkerbundversammlung mit, die deutsche Regierung habe den Antrag eingebracht, daß wie im Vorjahre der Teil des Berichtes des Generalsekretärs, der sich auf die Behandlung der Minderheitenfragen bezieht, der politischen Kommission zur Prüfung und Behandlung überlesen werde. Auf diese Weise wolle die deutsche Regierung erreichen, daß das Interesse der Völkerbundversammlung an den Minderheitenfragen wachgehalten werde.

Das italienische Abrüstungsmemorandum

Genf, 10. Sept. Die italienische Regierung hat dem Völkerbundsekretariat die erbetenen Angaben über den Stand der italienischen Rüstungen jetzt gleichfalls eingebracht. Wie verlautet, enthält das Memorandum der italienischen Regierung eine Anspielung auf die Anregung eines Rüstungsstillstandes während der Abrüstungskonferenz, die bekanntlich der Außenminister Grandis in diesen Tagen in der Völkerbundversammlung eingebracht hat. Italien hat nach den Angaben des Memorandums 280 000 Mann unter den Waffen und 1501 Kampfflugzeuge. Die Heeresausgaben sollen in dem Memorandum mit 6 Milliarden Lire angegeben sein. Das Memorandum wird erst in den nächsten Tagen veröffentlicht.

Die französischen Angaben über den Rüstungsstand

Paris, 10. Sept. Die französische Regierung hat heute ihr am 15. Juli im Völkerbund überreichtes Memorandum über den Stand der französischen Rüstungen durch

ziffernmäßige Angaben in Form von Tabellen ergänzt. In einem Begleitbrief macht die französische Regierung darauf aufmerksam, daß diese Zahlen nicht ohne Verbindung mit dem Memorandum gelesen und interpretiert werden dürften, weil das Memorandum den wesentlichen Teil darstellt. In dem Begleitbrief erinnert die französische Regierung an die im Memorandum aufgeführten Gründe, warum es nicht möglich sei, Vergleiche über den tatsächlichen Rüstungsstand und den qualitativen Wert der Rüstungen der verschiedenen Länder auf rein zahlenmäßiger Basis anzustellen. Die französische Regierung betont, daß die wiedergegebenen Ziffern nicht das Programm und die Vorschläge beeinflussen, welche die französische Regierung auf der Abrüstungskonferenz von 1932 präsentieren werde.

Amerika und die Abrüstungskonferenz

Washington, 10. Sept. Im Staatsdepartement ist heute die Haltung einiger amerikanischer Zeitungen, die Stimson's Bemerkungen um den Erfolg der Abrüstungskonferenz als eine Einmischung Amerikas in die europäische Politik bezeichnet haben, als bedauerlich bezeichnet worden. Man betonte, daß Amerika nicht daran denke, den europäischen Nationen eine Regelung ihrer Differenzen vorzuschreiben oder gar bei der Vereinfachung dieser Schwierigkeiten aktiven Anteil zu nehmen. Dagegen halte man es nach wie vor für unerlässlich, daß eine friedlichere Atmosphäre der Genfer Abrüstungskonferenz geschaffen werde. Erneut wurde in diesem Zusammenhang das Beispiel des politischen Korridors angeführt: Amerika sei es gleichgültig, welche Grenzregelung zwischen Deutschland und Polen erfolge, solange diese Regelung mit friedlichen Mitteln erreicht werde. Ähnliche Probleme beständen bezüglich anderer osteuropäischer Grenzen. Eine Neuorder der Welt, die behauptet, Amerika wolle nur zögernd und langsam in der Abrüstungsfrage vorgehen, wurde als irreführend bezeichnet. Gerade das Gegenteil sei der Fall. Denn seit längerer Zeit schon trete die Regierung der Vereinigten Staaten für eine möglichst Beschränkung aller Rüstungen ein und dränge die übrige Welt zu prompter Inangriffnahme der erforderlichen Vorbereitungen für die nächstjährige Genfer Konferenz.

Skandinavische Initiative für ein Rüstungsfeierjahr?

London, 10. Sept. Der Genfer Korrespondent des „News Chronicle“ berichtet, die italienische Völkerbundsdelegation sei noch nicht zu einer Entscheidung darüber gelangt, ob sie für ihren Vorschlag eines Rüstungsfeierjahres eine endgültige Entscheidung einbringen solle. Wahrscheinlich würden aber die skandinavischen Staaten die Initiative ergreifen. Sie seien gegenwärtig damit beschäftigt, den Wortlaut einer Entschlüsselung zu erörtern, in der ein zwölfmonatiger Rüstungsfeiertag vorgeschlagen werde. Bevor der Vorschlag eingebracht werde, solle aber die Unterfertigung anderer Staaten gewonnen werden. Natürlich bietet, so heißt es in dem Bericht des „News Chronicle“ weiter, die praktische Durchführung Schwierigkeiten, denn während die Suspendierung von Schiffneubauten eine einfache Sache ist, kann dies von der Anwendung der Feiertagsidee auf die regelmäßige Arbeit in den Militärarsenalen nicht behauptet werden. Indessen besteht große Aussicht darauf, daß der skandinavische Vorschlag eingebracht und an den dritten Ausschuss der Völkerbundversammlung verwiesen werden wird, in dem der dänische Außenminister Dr. Munch den Vorschlag führt. Der Korrespondent fügt seiner Meldung hinzu, der Wunsch, daß Henderson den Vorsitz der Abrüstungskonferenz behalte, sei nahezu allgemein. Jeder, der den Erfolg der Abrüstungskonferenz wünsche, schene der Meinung zu sein, daß eine Wiederaufstellung der Frage des Vorkrieges einen verhängnisvollen Zustand der Ungewißheit und Unentschiedenheit zur Folge haben würde.

Die Durchführung des Stillhalteabkommens

Berlin, 10. Sept. Nachdem die Reichsbank, die Golddiskontbank und das Bankenkomitee das Stillhalteabkommen unterzeichnet haben, kann damit gerechnet werden, daß es in einigen Tagen in Kraft tritt. Die Reichsregierung ist durch eine Verordnung des Reichspräsidenten ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, um die Durchführung des Abkommens sicherzustellen. In der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherstellung der Durchführung des Abkommens vom 9. September 1931 wird auf Grund des Artikels